

Es fehlten entschuldigt:Ratsmitglieder CDU

Bringheli, Salvatore	CDU
Korthaus, Günther	CDU
Stötzel, Manfred	CDU

Ratsmitglieder SPD

Kramer, Harald	SPD
Maurer, Holger	SPD

Ratsmitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Drossmann, Devin	Bündnis 90/Die Grünen
------------------	-----------------------

Ratsmitglieder UWG

Abstoß, Christian	UWG
-------------------	-----

Verwaltung:

Dreiner, Christoph
 Garn, Thomas
 Kranenberg, Eva
 Schmereim, Marco
 Schorde, Susanne

Gast:

Ass. jur. Viola Wallbaum

Kommunal Agentur NRW (zu TOP's 5 bis 7 ö T)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Öffentliche Sitzung:

1	Veränderungsnachweis zum Haushaltsplan-Entwurf 2024	Drucksache Nr. BV/125/23
----------	--	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg teilt mit, dass im vorliegenden Veränderungsnachweis sämtliche Änderungen seit der Einbringung des Haushaltes enthalten seien.

RM Rittel erkundigt sich, was der Posten „Schöttlenberg“ beinhaltet. Sämtliche Planungs-, Kanalkosten usw., somit die Gesamtkosten seien eingeplant, so BM Meisenberg. Auch die möglichen Verkaufserlöse seien berücksichtigt.

RM Geisel fragt nach, welche Kosten beim Posten „Jugendpartizipation“ eingeplant seien?

BM Meisenberg erläutert, dass die Hertie Stiftung empfohlen habe, zunächst 10.000 € einzuplanen. Diese Kosten werden für Workshops und das Jugendbudget benötigt. Über die Verwendung des Jugendbudgets können die Jugendliche abstimmen. 2024 wird zunächst mit einem ersten Treffen „Runder Tisch“ gestartet, an welchem verschiedene Vertreter teilnehmen. Der nächste Schritt wird ein „Jugendforum“ sein, zu welchem alle Jugendliche (rund 1.200) eingeladen werden.

Weitere Fragen stellen sich nicht.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Veränderungsnachweis zum Haushaltsplan-Entwurf 2024 wird beschlossen.	

2	Anträge zum Haushalt 2024	
----------	----------------------------------	--

2.1	Antrag der SPD-Fraktion vom 12.11.2023, Erhöhung Kanalanschlussbeitrag	Drucksache Nr. AT/131/23
------------	---	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg schlägt vor, den vorliegenden Antrag unter TOP 6 zu beraten, da unter dem TOP die Neukalkulation des Kanalanschlussbeitrages erörtert wird.

Die SPD-Fraktion ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

2.2	Antrag der SPD-Fraktion vom 12.11.2023, Reduzierung Ansatz Verkehrsberuhigung und Verwendung für Erstellung Radverkehrskonzept	Drucksache Nr. AT/132/23
-----	---	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass die Verwaltung gemäß AKU-Beschluss vom 29.09.2023 beauftragt worden sei, alle notwendigen Schritte einzuleiten, dass in 2024 ein Radwegekonzept für Marienheide erstellt wird, welches die möglichen Ergebnisse bzw. Zwischenergebnisse des Mobilitätskonzeptes des Oberbergischen Kreises berücksichtigt.

Hierfür sind im Haushaltsplan 2024 unter Punkt 1.14 Umweltschutz bei Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen insgesamt 50.000 € eingeplant.

Somit werde der Antrag der SPD-Fraktion bereits erfüllt und ein heutiger Beschluss ist nicht notwendig. Daraufhin wird der Antrag zurückgezogen.

2.3	Antrag der SPD-Fraktion vom 12.11.2023, Errichtung und Förderung einer Solaranlage auf einem gemeindlichen Objekt	Drucksache Nr. AT/133/23
-----	--	------------------------------------

RM Geisel ergänzt, dass die SPD-Fraktion keinen genauen Überblick über die gemeindlichen Möglichkeiten bzw. Gebäude habe.

RM Göldner begründet, dass die CDU-Fraktion kein Potential für die Errichtung auf gemeindlichen Objekten sehe und man die Förderung auf Privatflächen als effektiver betrachte, so wie im Haushalt vorgesehen.

RM Rittel stimmt der privaten Förderung bzw. Errichtung ebenfalls zu und er bedauere, dass sein Antrag aus der Ratssitzung am 29.08.2023 „Zuschuss für 100 Balkonkraftwerke“ nicht beschlossen worden sei.

BM Meisenberg erläutert, dass die Gesamtschule und Turnhalle im Wege des ÖPP betreut werde, ein Teil der Dachfläche der Heier Grundschule an einen privaten Investor vermietet sei und auf dem Feuerwehrgerätehaus Kalsbach bei der Erweiterung bereits eine Photovoltaikanlage eingeplant worden sei. Bei der Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses Marienheide, welche noch in der Planungsphase sei, werde ebenfalls eine Solaranlage eingeplant. Bei den Bauhofgebäuden ist aufgrund der Statik keine Errichtung möglich.

Bei Neubauten bzw. Sanierungen wird künftig immer die Möglichkeit der Errichtung von Solaranlagen geprüft.

Die SPD-Fraktion sieht ihren Antrag zurück.

2.4	Antrag der CDU-Fraktion vom 14.11.2023, Maßnahmen zur Modernisierung Bürgerservice und Zugang Rathaus	Drucksache Nr. AT/139/23
-----	--	------------------------------------

BM Meisenberg behandelt den vorliegenden Antrag als Anfrage der CDU-Fraktion und erläutert die Kostenschätzung sowie die Veranschlagung im Haushalt. Des Weiteren stellt er die geplanten Veränderungen im Innen- sowie Außenbereich visuell in einer Präsentation dar.

RM Fuchs fragt nach, wer die Kosten ermittelt habe. BM Meisenberg teilt mit, dass ein Architekturbüro eine detaillierte Kostenschätzung erarbeitet habe.

RM Fuchs fehlt das Verständnis für eine solche Investition in der jetzigen Zeit. Er bittet um Erläuterung der dauerhaften Auswirkungen dieser Investition auf den Haushalt und um Darstellung von nicht aktivierten Investitionen und die Auswirkungen in den kommenden 10 Jahren.

RM Trommershausen empfindet die Kosten für diese Maßnahmen auch als sportlich und fragt, ob man die Maßnahmen nicht verkleinern bzw. Fördermöglichkeiten akquirieren könne.

BM Meisenberg verneint die Möglichkeit der Fördermittel.

RM Rittel spricht an, dass die Außentreppe bereits viele Jahre sanierungsbedürftig sei und immer wieder ausgebessert werde. Auch die Modernisierung des Eingangsbereichs betrachte er als notwendig und sinnvoll.

RM Geisel betrachtet die Maßnahme auch als sehr kostenintensiv, sehe aber auch die Notwendigkeit der Erneuerung der Außentreppe. Er bittet auch bei der Planung um mögliche Einsparungen zum Beispiel bei der Innengestaltung.

Die Verwaltung wird die gewünschten Erläuterungen bzw. Zahlen im Haushalt im Nachgang zur Sitzung darstellen.

Die CDU-Fraktion wird nach Klärung der Anfrage eine Entscheidung treffen und ggfs. für den Rat einen neuen Antrag zum Haushalt stellen.

3	Haushaltssatzung der Gemeinde Marienheide für das Haushaltsjahr 2024	Drucksache Nr. BV/120/23
----------	---	------------------------------------

Es erfolgte eine Beratung über den Haushaltsplanentwurf.

Aufgrund des weiteren Beratungsbedarfs der CDU-Fraktion, bezogen auf den AT 139/23, erfolgt heute keine Beschlussempfehlung für den RAT.

Hiermit erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

4	Stellenplan 2024	Drucksache Nr. BV/121/23
----------	-------------------------	------------------------------------

BM Meisenberg gibt eine kurze Erläuterung zu den geplanten Stellenplanänderungen ab.

Fragen stellen sich keine.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Stellenplan 2024 wird beschlossen.	

5	Gebührenkalkulation und VII. Nachtrag zur Straßenreinigungssatzung vom 23.11.2016	Drucksache Nr. BV/118/23
----------	--	------------------------------------

Frau Wallbaum von der Kommunal Agentur NRW stellt die Gebührenkalkulation zur Straßenreinigungssatzung anhand einer Präsentation vor, welche der Niederschrift beigefügt wird.

Fragen stellen sich keine.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es werden:	
1.1 die Gebührenkalkulation und	
1.2 der VII. Nachtrag zur Straßenreinigungssatzung vom 23.11.2016	
zum 01.01.2024 beschlossen.	

6	Gebührenkalkulation sowie Neukalkulation des Kanalanschlussbeitrages und XII. Nachtrag zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Marienheide vom 30.06.2010	Drucksache Nr. BV/119/23
----------	--	------------------------------------

Frau Wallbaum von der Kommunal Agentur NRW stellt die Gebührenkalkulation zur Entwässerungssatzung anhand einer Präsentation vor, welche der Niederschrift beigefügt wird.

Fragen stellen sich keine.

Ebenfalls wird der Antrag der SPD-Fraktion, welche eine Erhöhung des Kanalanschlussbeitrages von 7,50 € beinhaltet, beraten.

Die Fraktionen von CDU und FDP tragen die vorgeschlagene Erhöhung auf 7,50 € mit.

Die Grüne-Fraktion würde auch dem Vorschlag der Verwaltung mit 8 € folgen.

Da die Mehrheit für eine Erhöhung des Kanalschlussbeitrages auf 7,50 €/m² ist, wird über den geänderten Antrag gemeinsam mit der vorliegenden Gebührenkalkulation und den XII. Nachtrag zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerung abgestimmt.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es werden:</p> <p>1.1 die Gebührenkalkulation, 1.2 der Kanalanschlussbeitragsatz mit 7,50 €/m² Veranlagungsfläche und 1.3 der XII. Nachtrag zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Marienheide vom 30.06.2010</p> <p>zum 01.01.2024 beschlossen.</p>	

7	Friedhofsgebührenkalkulation und VIII. Nachtrag zur Friedhofsgebührensatzung der Gemeinde Marienheide vom 25.11.2015	Drucksache Nr. BV/122/23
----------	---	------------------------------------

Frau Wallbaum von der Kommunal Agentur NRW stellt die Friedhofsgebührenkalkulation anhand einer Präsentation vor, welche der Niederschrift beigelegt wird.

Fragen stellen sich keine.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es werden</p> <p>1.1 die Gebührenkalkulation und 1.2 der VIII. Nachtrag zur Friedhofsgebührensatzung der Gemeinde Marienheide vom 25.11.2015</p> <p>01.01.2024 beschlossen.</p>	

8	VI. Nachtrag zur Hundesteuersatzung der Gemeinde Marienheide vom 09.12.1997	Drucksache Nr. BV/123/23
----------	--	------------------------------------

RM Geisel führt für seine Fraktion aus, dass man über die Ungleichbehandlung gestolpert sei. Warum sind Asylbewerber von der Besteuerung ausgenommen, aber Sozialhilfeempfänger nicht.

Die Kämmerin erläutert den Unterschied, welcher im letzten Absatz der Beschlussvorlage ebenfalls dargelegt sei. Diese Ungleichbehandlung ist jedoch gerechtfertigt, da der Bezug von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, anders als beim SBG Leistungsbezug, grundsätzlich keinen Raum zur Begleichung einer Hundesteuer bietet und wesentlich stärker von Sachleistungen ausgeht. Würde man keine Befreiung erteilen, so müsse man bei jedem angemeldeten Hund eines Asylbewerbers einen Erlass abwickeln, welcher zeit- und kostenaufwendig sei und somit die Gemeinde teurer käme. Die Anzahl der Hunde sei ebenfalls sehr gering.

RM Geisel nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Weitere Fragen stellen sich nicht.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: zwei Gegenstimmen
Es wird der VI. Nachtrag zur Hundesteuersatzung der Gemeinde Marienheide vom 09.12.1997 beschlossen.	

9	Mitteilungen und Verschiedenes	
----------	---------------------------------------	--

Versetzung von Ortsschildern in Marienheide und Stülinghausen

BM Meisenberg berichtet von den geplanten Versetzungen von Ortsschildern im Ortskern von Marienheide, Leppestraße sowie in Stülinghausen. Anhand von Plänen stellt er die Lage und die Auswirkungen, somit Änderung der Tempolimits, dar.

Die Versetzung war der Gemeinde Marienheide angekündigt worden und man habe im Vorfeld versucht, über Landrat und zuständige Dezernentin auf die Umsetzung gegen zu wirken, leider ohne Erfolg.

Er bittet die Politik gegen diese widersprüchliche Umsetzung zu intervenieren.

Die Anwesenden sind sprachlos und können diese Entscheidung nicht nachvollziehen.

Vorsitzende/r:

gez.
Stefan Meisenberg
Bürgermeister

Schriftführer/in:

gez.
Susanne Schorde